

(bestärken), daß er sich
n, als gerade dieser Punkt
die Wähler zu entfremden,
ne recht erwünschte Sache
für die Thätigkeit eines
tlig, welche Stellung er
ch auf dessen anderweitige
bei ihrer dermaligen An-
des Herrn Stadtschulthei-
g werden, ihm ihr ganzes,

mit dieser Erklärung nicht
doch glücklicherweise die
billigen, wie man sie lei-
was Religiös? — Man
mer — Was nützt die
weil immer noch den mei-
stimmung so viel gilt, um
zu lassen und darin sich
in einem christlichen Staate
christlichem Geiste getragen
einigen Gäu-Gemeinden.

en.
schuß für das erste deutsche
en Versammlung den Fest-
s Festes mitgetheilt. Es
nahme von 12,874 Thlrn.
150 Thlr. übersteigt. Für
igenfest 2666 Thlr. und
r. eingekommen.

t gegen Mittag die dies-
preussischen Landtages im
öffnet. — Eine in den
latt mitgetheilte) telegra-
zufolge Preußen seine
falls der Reichsrath für
zusammenträte, abbrechen
ser Hinsicht kein Beschluß

echberg, welcher durch
berufen worden, ist heute
nach seiner Ankunft eine
und nach derselben fand
ten der Großmächte be-
n und hatten Konferen-

die im Senat erfolgten
gemeinen wurde beinahe
genommen, wodurch die
ungen ausgedrückt wird.
(Tel. d. St.-A.)

Cours
Staatskassen-Verwaltung
für Goldmünzen.
änderlicher Cours:
Lufaten . . . 5 fl. 45 kr.
änderlicher Cours:
 . . . 5 fl. 30 kr.
 . . . 9 fl. 54 kr.
 . . . 9 fl. 35 kr.
 . . . 9 fl. 17 kr.
ort: 15. Januar 1862.
Staatskassenverwaltung.

mittags (Predigt): Herr
Töchtern 2. Klasse. —
er.

Das Calwer Wochen-
blatt erscheint wöchent-
lich zweimal, nämlich
Mittwoch u. Samstag.
Abonnementspreis halb-
jährlich 54 kr., durch die Post
bezogen in Württemberg
1 fl. 15 kr. — Einzelne
Nummern kosten 2 kr.

Calwer Wochenblatt.

Amts- und Intelligenzblatt für den Bezirk.

In Calw abonirt man
bei der Redaktion, aus-
wärts bei den Boten
oder dem nächstgeleg-
nen Postamt. — Die
Einschlagsgebühr be-
trägt 2 kr. für die drei-
spaltige Zeile oder deren
Raum.

Uro. 6.

Mittwoch, den 22. Januar.

1862.

Amtliche Bekanntmachungen.

Calw.

Aufforderung.

Friedrich Adrion, Besitzer der Glas-
mühle auf der Markung Breitenberg, will in
seiner Mühle einen sog. Koppgang zum Rei-
nigen der Früchte errichten.

Dieses Vorhaben wird mit der Auffor-
derung veröffentlicht, daß, wer Einwendungen
dagegen zu machen haben sollte, dieselben
binnen 15 Tagen von der Ausgabe dieses
Blattes an bei dem Oberamt schriftlich vor-
zubringen hat.

Während des Laufs dieser Frist hat das
Oberamt Denjenigen, welche Einwendungen
anmelden, von dem Besuch und dessen Bei-
lagen auf Verlangen Einsicht zu gestatten.

Den 20. Januar 1862.

R. Oberamt.
Schippert.

Calw.

Bekanntmachung.

Gemäß Art. 11 des Gesetzes vom 19. Mai
1852 ist heute Leineweber Christoph Wid-
mann von Calw als Bezirksagent für die
Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt bestätigt
worden.

Den 21. Januar 1862.

R. Oberamt.
Schippert.

Forstamt Wildberg.
Revier Naislach.

Holz-Verkauf

am 30. Januar d. J.,

im Kochgarten:

92 tannene Lang- und Klop Holz-Stämme
mit 2652 G., 8 Klasten tannene Reis-
prügel und ungebundenes zu 350 Wel-
len tarirtes tannenes Reis.

Zusammenkunft Morgens 9 Uhr beim
Kuchenbrütle.

Wildberg, 18. Januar 1862.

R. Forstamt.
Niethammer.

Steinlieferungsafforde.

Auf nachgenannte Straßendistrikte werden
neue Afforde für die Lieferung des Unter-
haltungsmaterials abgeschlossen, und hiezu
nützige Affordliebhaber eingeladen und war-
den für die Herrenberg-Calwerstraße:

Markung Dedenpfonn: Donnerstag,
den 23. I. M., Vormittags um 11 Uhr,
auf dem Rathhaus in Dedenpfonn;

für die Stuttgart-Calwerstraße:
Markung Althengstett, II. Distrikt:
Freitag, den 24. I. M., Vormittags

um 11 Uhr, auf dem Rathhaus in Alt-
hengstett;

Markung Ostelsheim, I. Distrikt, am
gleichen Tage, Nachmittags um 3 Uhr,
auf dem Rathhaus in Ostelsheim;

für die Calw-Pforzheimerstraße:
Markung Calw: Samstag, den 25.
I. M., Vormittags um 11 Uhr, auf
dem Rathhaus in Calw;

für die Feinacher Badstraße und Al-
thengstetterstraße:
Markung Sonnenhart und Feinach:
am gleichen Tage, Nachmittags um 3
Uhr auf dem Rathhaus in Feinach;

für die Calw-Wildbaderstraße:
Markung Hirsau, Oberkollbach und
Oberreichenbach: Montag, den 27.
I. M., Nachmittags um 3 Uhr, auf dem
Rathhaus in Oberreichenbach.

Die betreffenden Herren Orts-Vorsteher
werden ersucht, die durch Ausrufen bekannt
machen zu lassen.

Hirsau, 21. Januar 1862.

R. Straßenbau-Inspektion.
Feldweg.

21. Neuweiler.

Holz-Verkauf.

Am Freitag, den 31. d. M.,

Nachmittags 1 Uhr,

verkauft die Gemeinde auf dem Rathhaus dahier
circa 250 Stück Floßholz,
wofür Liebhaber eingeladen werden.

Den 17. Januar 1862.

Schultheißenamt.

Außeramtliche Gegenstände.

Calw.

Dankfagung.

Für die unserer seligen Gattin
und Mutter erwiesene Liebe und Wohl-
wollen, sowie für die zahlreiche Be-
gleitung zu ihrer Ruhestätte, sagen
wir unsern herzlichsten Dank.



Ludwig Bögele
mit seinen 4 Töchtern.

Paraffinkerzen.

welche sich vor Stearinkerzen dadurch aus-
zeichnen, daß solche ein helleres Licht verbreit-
ten und bedeutend langsamer abbrennen, kann
ich zu gefälliger Abnahme bestens empfehlen.
W. Enslin.

250 fl. Pfleggeld

hat gegen gesetzliche Sicherheit zu 4 1/2 Procent
auszuleihen Jakob Weiß, Alexanders Sohn,
in Althengstett.

Aufforderung.

Da ich stets von Neuem hören muß, daß
von den Trabanten meiner Gegenpartei kein
Mittel der Verläumdung und Verdächtigung
geschont wird, um mich in den Augen der
Wähler vom Lande herunterzusetzen, daß na-
mentlich, trotz der hierauf bezüglichen Erklärung
in meinem Programme, meine religiöse Ueber-
zeugung und mein christlicher Glauben fort-
während den böswilligsten Anfechtungen aus-
gesetzt ist, daß ausgesagt wird, ich besuche keine
Kirche und dgl., so fordere ich hiebei alle Die-
jenigen, gegen welche derartige Aeußerungen
gemacht werden sind, auf, mir zum Schutze
der Wahrheit und meiner Ehre behilflich zu
sein und mir die frechen Verläumder zu nen-
nen, damit ich ihnen ihr Recht widerfahren
lassen kann.
E. Horlacher.

Afford über Verputz- und Anstrich- Arbeit.

Am Schloßgebäude auf dem Bühlhof soll
in diesem Frühjahr die Verblendung herge-
stellt, Läden und Thüren mit Delfarbe
angestrichen werden; der Kostenanschlag beträgt:

Verputzarbeit 194 fl.
Delfarbanstrich 93 fl.

zus. —: 287 fl.

Die hierauf reflectirenden Unternehmer
wollen ihre nach Procenten ausgedrückte
Offerte längstens bis zum 1. Februar d. J.
dem Unterzeichneten — bei welchem auch
Ueberschlag mit Bedingungen eingesehen wer-
den kann — übergeben. Bemerkt wird noch,
daß die Arbeit nicht getrennt vergeben wird.

Stammheim, 20. Januar 1862.

A. A.: Werkmeister Mühl e.

Calw.

Fahrniß-, Wein- u. Fässer-Verkauf.

In Folge des Wegzugs von hier verkaufe ich
Donnerstag, den 23. Januar,
von Mittags 1 Uhr an,
in meiner Wohnung gegen gleich baare Be-
zahlung im Aufstreich:

1 Frauenmantel, 4 noch gute Mannbröcke,
Schreinwerk, worunter 5 Wirthstische,
Stühle, Kasten, Kuchentische u. s. w.,
Wirthschaftsgeräthschaften, 28 Eimer
in Eisen gebundene gute Fässer, von
4 1/2 Eimer bis 4 Zmi haltend, worun-
ter ein ganz neues, ungefähr 8 Eimer
Wein von den Jahrgängen 1857, 58
und 59, einige Eimer Mischnig und
allerlei Hausrath.

2)2. Wilhelm Bücheler.

Kinderschlitten.

Einen solchen empfiehlt um billigen Preis
2)2. Sattlerstr. 103.



Vortrag

des Abgeordneten Sammet in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 5. Novbr. 1861, (Prot. S. 4920/21) betreffend die Erhöhung der Alterszulagen der Schullehrer.

Es ist von vielen Seiten für bedenklich gehalten worden, der Staatsregierung Summen anzubieten, die sie nicht gefordert hat; ich gebe diese Bedenken zu, aber es gibt keine Regel ohne Ausnahme.

Bei einer Nothwendigkeit müssen diese Bedenken schwinden, und daß eine solche im vorliegenden Falle vorhanden ist, werde ich nicht zu beweisen brauchen, denn davon ist die Kammer überzeugt.

Im Jahr 1858 ist zu Aufbesserung des Solds der höheren Unteroffiziere und zur Aufbesserung des Kleinmontirungsgelds der Mannschaft die Summe von 35,707 fl. 42 kr. bewilligt worden. Bei Verathung des Etats auf die Jahre 1861/64 haben wir sämtlichen Unteroffizieren eine Dienstalterszulage von 3088 fl. und eine Zulage zu dem Menagebeitrag für die Mannschaft von täglich 1 fr., also im Ganzen 60,000 fl. bewilligt. Die Bewilligungen waren ein Wert der Nothwendigkeit, und es ist erstere besonders deswegen beschlossen worden, weil das Kriegsministerium erklärt hat, daß es bei den bestehenden Verhältnissen ihm nicht möglich sei, ein tüchtiges Unteroffiziercorps zu erhalten. Das Gleiche trifft auch bei den Schullehrern zu.

Ich möchte auch behaupten, daß wenn man die Lage der Schullehrer nicht verbessert, es ebenfalls schwer werden wird, tüchtige Lehrer, ja überhaupt Lehrer zu erhalten. Ein Vater, der Mittel hat, seinen Sohn entweder für ein höheres Gewerkefach, oder für den Staats- oder Kirchendienst vorbereiten zu lassen, wird denselben zum Schullehrerstand nicht bestimmen.

Hat sich aber ein junger Mann dafür entschieden, die Vorbereitungsjahre durchgemacht, hat er die Annehmlichkeiten des Schulgehilfsdienstes erfahren, der ihm eine Besoldung von 110 fl. und 4 Scheffel Dinkel gewährt, so sucht er so bald als möglich wieder davon wegzukommen, und wenn er die Fähigkeit in sich fühlt, und Gelegenheit hiezu findet, ergreift er einen andern Stand. Auf diese Weise werden diesem Stande die besten Köpfe entzogen und es würde dies noch mehr der Fall sein, wenn nicht die Freiheit von der Militärpflicht noch für manchen einen Grund abgeben würde, sich diesem Berufe zu erhalten. Meine Herren! die Volksschule legt den Grund für alle Bildung des Volkes und der höheren Stände. Jeder hat die Elemente seiner Kenntnisse von der Volksschule und den Volksschullehrern empfangen; ein guter Schulfach ist der beste Begleiter durch das ganze Leben, er ist der Grund, auf den sich alle andern Kenntnisse erwerben lassen. Die Aufforderungen an die Schullehrer mehrten sich jährlich, die Schullehrer haben nicht bloß Unterricht zu geben im Lesen, Schreiben, Rechnen, Singen und in der Religion, sondern gegenwärtig wird auch Unterricht in den Realien, soweit sie das Gewerksleben betreffen, in der Baumzucht, Landwirtschaft und später noch im Turnen verlangt und gegeben. Wenn wir aber die Gegenleistungen vergleichen, so stehen sie nicht in demselben Verhältnisse; seit 6 Jahren haben die Aufbesserungen der Schullehrer außerordentlich wenig betragen und sind sehr kärglich andern Dienern gegenüber ausgefallen. Man kann zwar sagen, die Gemeinden haben die Verpflichtung, die Schullehrer aufzubessern; ich gebe dies auch zu, aber so lange die Gemeinden hiezu nicht gezwungen werden können und die nöthigen Mittel nicht haben, wird der Staat immer eintreten müssen, wie er auch in andern Angelegenheiten eintritt. Wenn wir eine tüchtige Volksbildung wollen, so müssen wir auch die Mittel bewilligen, welche zur Erreichung dieses Zweckes notwendig sind. Sollte auch der Etat etwas beschwert werden, so trägt diese Ausgabe reiche Binje, und ich bin überzeugt, daß die Steuerpflichtigen sich über diesen Zuschlag nicht beklagen werden. Es ist sodann die Lage unserer Finanzen hervorgehoben worden; wenn sie auch nicht gerade glänzend ist, so trage ich doch die Ueberzeugung, daß sich für die Staatsbeutel schon noch Summen finden werden, um diese Alterszulagen zu bezahlen, wie sie auch zu sonstigen Zahlungen gefunden worden sind. Deshalb bin ich für den Commissionsantrag (nämlich für die Bewilligung einer zureichenden Summe zu Alterszulagen für die Schullehrer) und wünsche, daß derselbe von der Regierung in vollem Maße gewürdigt werden möge.

Hiermit schließe ich die Veröffentlichung meiner Vorträge in diesem Blatt, deren ich noch eine Reihe folgen lassen könnte. Ich

glaube aber, es dürfte an den bereits veröffentlichten genügen, um die verehrlichen Bezirksangehörigen zu überzeugen, daß ich sprechen kann und auch gesprochen habe. Es bleibt mir nur noch übrig, mich über einen im Beobachter enthaltenen Correspondenzartikel aus Calw zu äußern, was ich zwar lieber unterlassen möchte, aber deswegen nicht unterlassen kann, weil es scheinen könnte, als hätte ich nicht den Muth zu antworten, und als wollte ich mich, nachdem mein Mandat abgelaufen ist, feigerweise aus dem Bezirk schleichen.

Dieser Artikel behauptet, daß durch meine Wahl dem Bezirk, der vor mir so gut vertreten gewesen, eine Scharte geschlagen worden sei, die durch die Wahl des Herrn Horlacher wieder ausgeglichen werden müsse. Ich bin weit entfernt, mich den ehrwürdigen Männern gleichstellen zu wollen, welche den Bezirk früher vertreten haben, und will auch dahingestellt sein lassen, ob Herr Horlacher, dessen geistige Begabung ich vollkommen anerkenne, sich mit ihnen zu messen vermag; ich beginne meine Abwehr nicht mit Verdächtigungen, vielmehr lasse ich Jedem seinen Werth, aber ich darf auch verlangen, daß mir der meinige gelassen werde.

Meine — durch eine dreißigjährige Dienstleistung in beinahe allen Zweigen der Finanzverwaltung — gesammelten Erfahrungen, meine Kenntnisse der Lehren der Volkswirtschaft, der vaterländischen Gesetze und der staatlichen Einrichtungen, meine Bekanntschaft mit den Zuständen des Volks, haben in der Kammer auch ihre Anerkennung gefunden; dieselbe ist von Männern ausgesprochen worden, die einer ganz andern politischen Ansicht zugethan sind, als ich.

Meine politischen Gegner, denen ich keineswegs feindlich gegenüber stehe, nennen sich Volksfreunde; ich will gerne glauben, daß ihnen das Wohl des Volks am Herzen liegt, aber ich erhebe auch einige Ansprüche auf diesen Namen. Während der dreißig Jahre, in welchen ich als Kameralamtsbuchhalter, als Umgeldskommisär, als Zollbeamter u. in öffentlichen Diensten gestanden bin, habe ich immer den Grundsatz vor Augen behalten, daß die Beamten wegen des Volks aufgestellt sind, und nicht das Volk wegen der Beamten existirt. Ohne die Bescheidenheit zu verletzen, darf ich behaupten, daß ich mit Wissen keinen Bürger ungerecht behandelt, daß ich vielmehr, ohne das herrschaftliche Interesse zu vernachlässigen, die strengen Abgabengesetze mit Wohlwollen und Nachsicht ausgeführt und mir das Vertrauen Derjenigen, mit welchen ich im Verkehr gestanden bin, erworben habe und noch besitze.

Von meiner volkshfreundlichen Gesinnung wird auch der Bezirk Calw Zeugniß abzulegen vermögen. Ich will meine vierjährige Amtsführung daselbst nicht berühren, sondern nur an den Nothstand in den Jahren 1853 bis 1855 erinnern, damals habe ich meine Kräfte der Armuth gewidmet; ich habe die Bezirksarmenkasse und die Bezirksparatasse, welche letztere mit vielen Geschäften verbunden gewesen ist, verwaltet, eine mir angebotene Belohnung aber nicht angenommen, sondern mich mit einem mäßigen Ersatz meiner Auslagen begnügt.

Diese meine volkshfreundliche Gesinnung habe ich auch in der Kammer gewahrt. Da ich ein Wahlprogramm nicht schreibe, so ist es hier nicht der Ort, die Gründe meiner Abstimmungen, welche bei der Fortschrittspartie Anstoß erregt haben, näher darzulegen, ich kann jedoch nicht umhin, mich dahin auszusprechen, daß ich das Wohl des Landes mehr für gefördert halte, wenn zwischen Regierung und Ständen Eintracht herrscht, wenn jeder Theil gegenseitig nachzugeben weiß, ohne jedoch sein Recht fallen zu lassen, sondern unter Wahrung desselben, als wenn beide Theile einander schroff gegenüber stehen. Hiermit will ich aber keineswegs aussprechen, daß ein Abgeordneter jeder Maßregel der Regierung zustimmen soll; ich habe es auch nicht gethan. Zwar werde ich in dem berührten Artikel wegen meiner Eigenschaft als Beamter für unfähig erklärt, die Interessen des Volks zu vertreten. Diese Eigenschaft hat mich aber nicht verhindert, in meinen Berichten über die Restverwaltung und über die Stuttgarter Wasserleitung ein Votum der Mißbilligung gegen das einseitige Verfahren des Finanzministeriums auszusprechen, mich gegen das Concordat und die Ablösungs-Entschädigungsgesetze zu erklären, gegen die Verkümmerung der alt hergebrachten Streuberechtigungen meine Stimme zu erheben; sie hat mich nicht gehindert gegen die Belästigungen, welche das Branntweinsteuergesetz mit sich führt, zu sprechen, für die Erhöhung der Quartierentwädigung das Wort zu ergreifen, für die Verbesserung der Lage der Schullehrer mich zu verwenden, überhaupt in allen Angelegenheiten, in welcher das wahre Interesse des Volks in Frage gestanden ist, mich zu dessen Gunsten zu erheben.

Ich habe mich Bezirksbethätigt. Es die schleunigste Herstellen zu verwenden; ich habe sucht, um die baldige zu betreiben; ich bin der Strafe von Teina habe mich in Streiner Gemeinden verweilen in seinen Angelegenheiten Unterstützung, so weit sie eine Anzahl Beispiele

Ob ich nun, wie und gar unfähig geworwie im Beobachter au zu welcher meines Wi Mittel bewogen werde Urtheil getrost allen v

Nur einen Vorw gemacht wird, nämlich Calw sei, vermag ich gerrecht hätte, würde Calw, an die mich no gerlich zu werden. D ausgezeichnete Abgeord treten, nicht angehört Fortschrittspartie ist r wer Familie, sondern

Ich bedauere, mich anlaßt gesehen zu habe das volle Recht zugeste ihre Ansichten auszuspr nicht verkümmern woll ich nicht beabsichtige, da ich mich bis jetzt i ten habe, zu vertheidig

Eine gute Sache heit und der Ueberzeug Verbächtigung gegen D Schließlich danke mir geschenkte Zutraue und empfehle mich ihre Stuttgart, den 14

des Stadtschultheißen

In Folge eines n Ansichten über die obfd zusprechen, insbesondere erschienene Anfrage aus Verlangen um so mehr ziehungen unrichtige W

Ueber einige der r der Constituirung einer Parlaments, sowie über habe ich mich bereits i ausgesprochen. In leg daß durch mein 27jähr sein dürfte, wie sehr Erziehungswesen am S Fortschritte auch in dies ökonomische Verbesserung, ausgesprochenen Gesinnu unzweifelhaft zu erwart

Was die Reform fenne auch ich das Bel namentlich auch hinsid Volkes. Im Uebrige theuerste durch Vertrag berger, das uns gegen j unten schützt, aufrecht er Ueber die Nothw



Ich habe mich aber auch für die besondern Interessen des Bezirks bethätigt. Es war eine meiner ersten Aufgaben, mich für die schleunigste Herstellung der Straße von Pforzheim nach Calw zu verwenden; ich habe theils öffentlich, theils privatim alles versucht, um die baldige Anlage einer Eisenbahn von Pforzheim aus zu betreiben; ich bin für einen Staatsbeitrag zu der Correction der Straße von Teinach nach Obertollwangen thätig gewesen, ich habe mich in Streu- und Holzberechtigungsangelegenheiten einzelner Gemeinden verwendet. Jeder Angehörige des Bezirks, der sich in seinen Angelegenheiten an mich gewendet hat, ist meiner Unterstützung, so weit sie mir möglich war, sicher gewesen, wovon ich eine Anzahl Beispiele anführen könnte.

Ob ich nun, wie meine politischen Gegner behaupten, so ganz und gar unfähig gewesen bin, den Bezirk zu vertreten, ob er sich, wie im Beobachter ausgesprochen ist, wegen meiner Erwählung, zu welcher meines Wissens kein Wahlmann durch ein unlauteres Mittel bewogen worden ist, zu schämen habe, darüber kann ich das Urtheil getrost allen unbefangenen Männern des Bezirks überlassen.

Nur einen Vorwurf, der mir in dem oft angeführten Artikel gemacht wird, nämlich den, daß ich kein Angehöriger des Bezirks Calw sei, vermag ich nicht zu entkräften. Wenn ich kein Bürgerrecht hätte, würde ich es mir zur Ehre anrechnen, in der Stadt Calw, an die mich noch viele dankbare Erinnerungen knüpfen, bürgerlich zu werden. Diesen Mangel aber haben mit mir noch viele ausgezeichnete Abgeordnete getheilt, die dem Bezirk, den sie vertreten, nicht angehört haben, und auch der Candidat der dortigen Fortschrittsparthie ist nicht der Nachkomme einer ursprünglich Calwer Familie, sondern der Sohn eines dortigen Beamten.

Ich bedaure, mich aus Nothwehr zu diesen Erörterungen veranlaßt gesehen zu haben. Wenn ich meinen politischen Gegnern das volle Recht zugesteh, über mein Verhalten in der Kammer ihre Ansichten auszusprechen, so werden sie auch mir das Recht nicht verkümmern wollen, mich, ohne Jemanden zu verletzen, was ich nicht beabsichtige, gegen Angriffe, die ich nicht hervorgerufen, da ich mich bis jetzt in der Wahlangelegenheit ganz passiv verhalten habe, zu vertheidigen.

Eine gute Sache vertheidigt sich selbst durch die Kraft der Wahrheit und der Ueberzeugung, sie bedarf zu ihrer Unterstützung keiner Verdächtigung gegen diejenigen, welche eben anderer Meinung sind.

Schließlich danke ich allen meinen verehrten Wählern für das mir geschenkte Zutrauen, das ich nicht getäuscht zu haben glaube, und empfehle mich ihres ferneren Andenkens.

Stuttgart, den 14. Januar 1862.

S a m m e t.

C a l w.

E r k l ä r u n g

des Stadtschultheißen Schuldt in der Abgeordneten-Sache.

In Folge eines wiederholt ausgesprochenen Wunsches, meine Ansichten über die obschwebenden politischen Fragen öffentlich auszusprechen, insbesondere veranlaßt durch die im letzten Wochenblatt erschienene Anfrage aus einigen Gäu-Gemeinden, glaube ich dieses Verlangen um so mehr erfüllen zu sollen als in verschiedenen Beziehungen unrichtige Gerüchte in Umlauf gesetzt werden.

Ueber einige der wichtigsten Fragen, über die Nothwendigkeit der Constituirung einer deutschen Centralgewalt und eines National-Parlaments, sowie über die Trennung der Schule von der Kirche habe ich mich bereits in No. 100 und No. 2 des Wochenblatts ausgesprochen. In letzterer Beziehung deute ich nur darauf hin, daß durch mein 27jähriges öffentliches Wirken der Beweis geführt sein dürfte, wie sehr mir die Sorge für Kirche und Schule und Erziehungsweisen am Herzen liegt, und wie ich alle zeitgemäßen Fortschritte auch in dieser Beziehung zu bevorzugen wußte. Die ökonomische Verbesserung der Lage der Volksschullehrer ist bei den ausgesprochenen Gesinnungen der Staats-Regierung und der Stände unzweifelhaft zu erwarten.

Was die Reform unserer Verfassung betrifft, so anerkenne auch ich das Bedürfnis einer Revision verschiedener Theile, namentlich auch hinsichtlich der Repräsentation unseres Volkes. Im Uebrigen möchte ich aber unsere Verfassung, das theuerste durch Vertrag errungene politische Kleinod der Württemberger, das uns gegen jegliche Gewalttherrschaft nach oben und nach unten schützt, aufrecht erhalten wissen.

Ueber die Nothwendigkeit der Aufrechthaltung der

Ablösungs-Gesetze steht meine Ansicht seit Jahren fest. Ich habe mich schon vor 6 Jahren, nachdem ich mich aus den damals in der Oeffentlichkeit erschienenen Altensünden gehörig instruiert hatte, gegen alle und jede Nachtrags-Entschädigung der Standesherrn aus Staats- oder irgend andern Mitteln ausgesprochen, was mir alle Diejenigen bezeugen können, gegen die ich damals diese Ansicht geäußert habe. Heute noch habe ich dieselbe rechtliche Ueberzeugung. Es sind also die in Umlauf gesetzten Gerüchte, daß ich für das Nachtrags-Entschädigungs-, für das sogenannte 43 Millionen-Gesetz sei, rein aus der Luft gegriffen.

Die Reform des Gerichtswesens und die Durchführung des Princips der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichts-Verfahrens ist als dringendes Bedürfnis anerkannt und wird, wie das Handelsgesetzbuch, nach den Zusicherungen der Regierung zur ständischen Verfassung und Verabschiedung kommen.

Nachdem von unserem württembergischen Landeskultur-Gesetz der Theil über die Feldweg-Regulirung erledigt worden ist, wird in der nächsten Kammer der noch wichtigere über Güteranliegen zur Verathung kommen. In dieser Beziehung halte ich, da dieser Theil so tief in die privatrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Einzelnen eingreift, für dringend geboten, daß der Abgeordnete zweier mit den Betheiligten, den Landwirthen sich berathet, sie über ihre Ansichten und Wünsche hört, und hienach handelt. Ohne das Einverständnis der Landwirthe möchte ich diesem so tief einschneidenden Gesetzestheile meine Zustimmung nicht ertheilen.

Wie sehr mir daran liegt, die verfassungsmäßige Selbstständigkeit der Gemeinden gegen alle unbefugten Eingriffe zu wahren, das habe ich in meinem amtlichen Leben hinreichend bewiesen, wie mir alle Diejenigen bezeugen werden, die mir näher stehen. Von einem unbeschränkten Recht der Verfügung der Gemeindebehörden ohne Recursrecht an die höheren Behörden, kann nach meiner Ansicht keine Rede sein, dies würde zur unerträglichen Willkürherrschaft der Gemeindebehörden führen. Eine Controle der Gemeindebehörden durch die Staatsbehörden kann ich nur für heilsam halten.

Daß unser Staatshaushalt ein geordneter ist, muß anerkannt werden, daß aber nicht die Füllung der Staatskasse, wie das Ploßinger Programm sich ausdrückt, nicht das finanzielle, sondern das volkswirtschaftliche Interesse im Staatshaushalt maßgebend sein soll, das muß als oberster Grundsatz der Volkswirtschafts-Lehre festgehalten werden. Dieß findet z. B. seine Anwendung auf das in wirtschaftlicher Beziehung so nachtheilig wirkende Branntweinsteuer-Gesetz, auf die verweigerte oder erschwerte Streuabgabe, welche für viele wirtschaftliche Verhältnisse eine Lebensfrage ist.

Außer diesen Beziehungen gibt es noch eine Menge anderer Verhältnisse und Bedürfnisse, in allen Gebieten des Staats-, Kirchen- und Schulwesens, welche der Verbesserung und Abhilfe bedürfen, und welche die Abgeordneten zur angestrengtesten Thätigkeit auffordern müssen, was ich natürlich nur andeuten, nicht ausführen kann.

Zu meinem Bedauern muß ich hier zu Widerlegung verschiedener falscher Gerüchte, die über mich in Umlauf gesetzt worden sind und wie Pilze aufsteigen, wenigstens einige derselben hier berühren. Man beschuldigt mich: ich sei gegen eine Eisenbahn-Verbindung in unserer Gegend, angeblich im Interesse unserer Fabrikanten, welche die höheren Arbeitslöhne fürchten sollen. Es ist mir nicht auffallend, daß man solche Gerüchte ausstreut, aber unbegreiflich ist mir, daß man solchem Unsinn Glauben schenkt. Die Wahrheit ist folgende: der hiesige Gemeinderath hat schon längst die Eisenbahn-Angelegenheit in's Auge gefaßt. Man hielt aber nicht für angemessen, baldere Schritte in der Sache zu thun, als bis die Eisenbahn nach Pforzheim gesichert sei. Als dieß entschieden war, so legten die Gemeindebehörden in Betracht, daß die Herstellung einer Eisenbahn-Verbindung von hier bis Pforzheim im Nagoldthale eine Lebensfrage für unsere Fabrikten, wie für unsere gesammte landwirtschaftliche und gewerbliche Industrie sei, ihre dringenden Wünsche nach Herstellung einer solchen Bahn der Regierung und den Ständen an das Herz, worauf von letzteren der Antrag an die Regierung gestellt wurde, daß diese mit der badischen Regierung hinsichtlich des Anschlusses einer Eisenbahn bei Pforzheim in Unterhandlung treten solle.

Das Resultat dieser Unterhandlung muß nun vorerst abgewartet werden. Ebenso haben wir natürlich unsere Bereitwilligkeit ausgesprochen, dem von Leonberg ausgegangenen Projekte, eine Eisenbahnlinie mit Stuttgart über Leonberg, Weil die Stadt, Calw u. c. herzustellen, uns anzuschließen. Sobald die dießfalligen Vorarbeiten beendet sind, wird eine öffentliche Verhandlung hierüber stattfinden. Dabei habe ich übrigens ausgesprochen, daß die Herstellung einer Eisenbahn nach Pforzheim im Nagoldthale immer die Hauptsache für uns bleiben müsse und daß wir mit allen Mitteln und Kräften auf dieses Ziel lossteuern müssen. Ich habe mich zum Theil deshalb, weil ich hoffe, als Abgeordneter weit mehr für die baldige Erreichung dieses Ziels thun zu können, zu der Annahme eines etwaigen Mandats entschlossen.



Was bleibt also an jenen Nachreden noch übrig?

Was sodann das in Umlauf gesetzte Gerücht betrifft, daß ich eine Abgeordnetenstelle suche, um einen Staatsdienst zu erhalten, so gehört dieß ebenfalls in das Gebiet der Tagesklagen. Gott möge mich davor bewahren, daß ich mit solchen Dingen mein Gewissen beschwere! Wenn ich solchen verwerflichen Absichten zugänglich wäre, so hätte ich schon vor 12 Jahren — als unser verehrter Abgeordneter-Veterane, Herr G. Dörtenbach, der 26 Jahre lang den Bezirk auf die würdigste Weise vertreten hat, ein Mandat nicht mehr annehmen wollte und nur auf meine und Anderer Bitten sich dazu verstand, — jedenfalls aber vor 6 Jahren, wo ich nochmals dazu aufgefodert wurde, dem Rufe Folge geleistet. Auch diesmal habe ich nur den dringenden Wünschen von Wählern aus Stadt und Amt mit innerem Widerstreben und erst als man mir die Sache als Pflicht nahe gelegt hatte, nachgegeben. Dieß mag zur Genüge beweisen, wie weit ich von jener verwerflichen Absicht entfernt bin.

Ich glaube deshalb auch von jedem rechtlich denkenden und ehrliebenden Manne erwarten zu dürfen, daß man solchen Gerüchten keinen Glauben schenkt, vielmehr diesen Verdächtigungen mit gebührendem Ernst entgegentritt.

Im Allgemeinen bemerke ich, daß es gegen meine Ueberzeugung ist, mich zu irgend einer zum Voraus festgestellten, fest ausgeprägten Partei-Ansicht zu bekennen. Wie wäre dieß auch möglich, wenn man sich seine Unabhängigkeit wahren will! Und diese werde ich, — das sind alle Diejenigen überzeugt, die mich näher kennen, — nach allen Seiten zu wahren wissen, nach oben und nach unten, nach rechts und nach links. Es scheint mir eine totale Begriffsverwirrung zu sein, wenn man behauptet, daß die Stellung eines Gemeindebeamten dessen Unabhängigkeit in seinem Berufe als Abgeordneter beeinträchtigt. Was macht denn den Mann zum unabhängigen, der Charakter, die Gesinnung, oder die Stellung im bürgerlichen Leben, der Beruf? Offenbar nicht der letztere, sondern der erstere. Wie viele scheinen nach ihrer Stellung im Leben, ihrem Berufe, unabhängig, während sie sich von jedem Geflüster, von jedem Wind der Zeit, von jeder Tagesmeinung und anderen sonstigen Einflüssen beherrschen lassen. Wie unrichtig der aufgestellte Maßstab zu Beurtheilung der Unabhängigkeit ist, ergibt sich auch aus der Thatsache, daß manche Gemeinde-Beamte auf Seite der entschiedenen Fortschrittspartie stehen. Wenn ich auch nicht zu den Anhängern dieser Parthie zähle, so huldige ich nichtsdestoweniger allen freisinnigen Ideen, ich huldige dem besonnenen Fortschritt, der das rechte Ziel und Maß zu halten weiß. Ich begrüße alles das, was wahr und gerecht, was gut und zeitgemäß, was als Fortschritt in dem weitumfassenden Gebiete des Volks- und Staatslebens erscheint, mit Freuden, und stehe dafür ein, komme es von welcher Seite es wolle, von der conservativen, liberalen oder radicalen. Also glaube ich meinen Pflichten am besten entsprechen zu können.

Das ist zwar nicht das Bloßhingen — aber mein selbsteigenes und auf vieljährige Erfahrungen sich gründendes Programm.

Im Uebrigen wünsche ich von Herzen, daß nicht nur die Wahl unseres Bezirks, sondern auch die Wahlen im ganzen Lande, zum Wohle unseres Bezirks, zum Wohle des Landes ausfallen mögen!

Den 19. Januar 1862.

Stadtschultheiß Schuldt.

An die „Fünzig Wahlmänner“ aus einigen Gäu-Gemeinden.

Ihr habt im letzten Wochenblatt die öffentliche Erklärung abgegeben, daß Ihr eure Religion als das erste, theuerste Gut betrachtet, und daß Ihr deshalb einen Abgeordneten wählen werdet, dem eure theuersten Güter ebenso heilig, wie Euch selber sind.

Einsender kann sich nur darüber freuen, daß dieser Sinn für Religion sich so offen ausspricht, gleichwohl aber sieht er sich veranlaßt, einige Worte darüber an Euch zu richten. Aus Euren Aufsätzen scheint hervorzugehen, daß Ihr der Meinung seid, die Fortschrittspartei, deren Candidat Herr Horlacher ist, lege weniger Gewicht auf die Erhaltung und Heilighaltung der Religion, oder wolle sogar die Religion aus der Volksschule ganz abschaffen! Dem ist aber durchaus nicht so, wie Ihr fest versichert sein dürft, und wenn man es Euch gesagt, so hat man Euch reine Unwahrheit gesagt!

Die Männer der Fortschrittspartei wollen und verlangen den Religionsunterricht in der Schule, sie sind auch ganz damit

einstimmig, daß derselbe von den Geistlichen selbst erteilt werde, weil sie ebenfalls überzeugt sind, daß dieß das erste und theuerste Gut ist, welches schon in früher Jugend den Kindern eingeprägt werden muß! Aber nebenbei wollen sie auch, daß die Kinder in der Schule auch in weltlicher Beziehung eine bessere Ausbildung erhalten als seither, weil sie nach Entlassung aus der Schule einen Beruf zu wählen haben, mit dem sie später ihr Brod verdienen müssen und weil wirklich allgemein viel größere Ansprüche gemacht werden, als früher. Es ist jetzt nicht mehr damit gethan, daß die Kinder nach ihrer Confirmation nothdürftig lesen, schreiben und rechnen können, denn wenn auch an vielen Orten Fortbildungsschulen eingeführt sind, so ist die denselben zugemessene Zeit eine viel zu geringe, um damit nachholen zu können, was während der Zeit ihres Schulbesuches ihnen hätte eingeprägt werden können. Außerdem soll z. B. nur noch das angeführt werden, wie günstig auf die empfänglichen Kinderherzen eingewirkt werden könnte, wenn sie in der Schule auch Unterricht in der Naturlehre erhielten, und ihnen die reichen und wunderbaren Schöpfungen auf einfache und faßliche Weise vor die Augen geführt würden, während sie so — ohne Anregung — gleichgültig daran vorbeigehen.

Ihr könnt daraus sehen, daß die Männer der Fortschrittspartei keine Heiden sind, wie man sie, wie es scheint, Euch hat hinstellen wollen, sondern daß sie nur darauf hinarbeiten, daß den Kindern in der Schule auch diejenigen Kenntnisse beigebracht werden, welche sie befähigen, später als tüchtige und brauchbare Männer für sich und ihre Nebenmenschen wirken zu können, denn ein guter Schulsaß kommt Einem das ganze Leben lang gut.

Auffallend ist es übrigens, wie gerade bei dieser Wahl die Religion hervorgezogen und an die Spitze gestellt wird, was früher nie der Fall war. Einsender ist der Ansicht, daß die Religion — weil sie unser höchstes und theuerstes Gut ist — zu erhaben und zu heilig ist, um als Mannöver zu Parteiumtrieben mißbraucht zu werden!

Zur Abgeordnetenwahl.

Zur Beachtung für die Wähler vom Lande.

In einem Artikel des „Schwäb. Merkurs“ vom 19. Nov. v. J. sagt ein Bauer von der Alb unter Anderem:

Die Gewerbetreibenden sind durch die dringend verlangte Gewerbebefreiung, Geistliche und Schullehrer, auch sonstige Bedienstete durch Zulagen und Bewilligungen in eine gar angenehme Stimmung versetzt. Anders freilich könnte es bei der Landwirthschaft treibenden Bevölkerung sein, nachdem sie es in den letzten Tagen erleben mußte, daß statt des längst verheißenen und ersehnten Landesulturgesezes unter schweren Wehen das „Feldwegverbesserungsgesez“ zu Tage kam. Die Kammer hat die entschiedene Absicht ausgesprochen, das sog. Adelsentwähnungsgesez für immer abzuthun, wofür ihr aller Dank und alle Anerkennung gezollt werden muß; nun verlangt die Landwirthschaft, daß, wenn zu ihren Gunsten verneint sein wird, auch etwas Positives, Brauchbares geschaffen werde; sie will nicht bloß von dem drückenden Alp der Grundlasten und des fraglichen Gesezes befreit sein, sondern um sich frei und ungehemmt zu ihrer vollen Blüthe entfalten zu können, bedarf es auch, daß die für sie drückendste Fessel des Flur- und Kulturzwangs beseitigt werde. Dazu ist aber ein bloßes Feldwegregulirungsgesez ein ganz unzureichendes Mittel. Es wird daher gewiß eine Aufforderung an die Bauern und Landwirthe Württembergs gerechtfertigt sein, dahin zu wirken, daß bei den bevorstehenden Abgeordnetenwahlen in jedem Landeskreis doch auch 3 oder 4 unabhängige Männer gewählt werden, von denen eine gründliche Kenntniß der agrarischen Zustände und Forderungen mit Gewißheit vorausgesetzt werden kann. Unter der großen Zahl der Landwirthschaft treibenden Staatsbürger findet sich doch sicherlich mehr als ein Duzend unabhängiger Männer, deren Wissen auch noch eine Strecke über ihren unmittelbaren Beruf hinausgeht, um mit Ehren ihre Stelle in der Ständekammer auszufüllen und die dringenden Interessen ihres Standes zur Geltung zu bringen, und die, wenn die Wahl auf sie fällt, wissen, was Bürgerpflicht ist.

Ihr Bauern leset's, bedenk't's und wählet

Herrn Eugen Horlacher.

Ein Wahlmann, der's mit den Bauern gut meint.

Das Calwer Wochenblatt erscheint wöchentlich zweimal, nämlich Mittwoch u. Samstag. Abonnementspreis halbjährlich 54 fr. — durch die Post bezogen in Württemberg 1 fl. 15 fr. — Einzelne Nummern kosten 2 fr.

Nro. 7.

Amtliche Pch

Steuer-Umlage

An den durch die d. M. auf jährliche 3 directen Steuern aus Gefällen, aus Gebäu trifft es gemäß der Steuercollegiums vor Reg. Bl. S. 204, d. 33,0

und zwar:

- Grundsteuer . . .
 - Gesäßsteuer . . .
 - Gebäudesteuer . . .
 - Gewerbesteuer . . .
- Sodann beträgt A. Kreisregierung in 1861, Nro. 5376, G. schäfts-Etat für 1861

Nachdem die Schaden auf die einzirks nach ihrem Steuer den sind, in welche sonderen Ausschreibe die Ortsvorsteher n. daß die Umlage au pflichtigen ohne Verz Gemeindepfleger vor amtspflege abliefern. Den 23. Janua

R. S.

An die

Diejenigen Orts geschriebene Anzeige letzten Gemeinderath haben, werden mit erinnert.

Calw, den 23. R. S.

An die

Dieselben werden den Bericht über Pedenvertheilung u blatt von 1859 Re Geometer zu erstatt Calw, den 23.

Rön S.

Forsta No

H o l j - am 31.

aus dem Staatow.

